

Zehn Jahre der Unabhängigkeit: Die Ukraine und ihre Außenpolitik (1991–2001)

Von Mykola Movchan, Kiev

Am 24. August 2001 feierte die Ukraine den 10. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit, die am 24. August 1991 proklamiert worden war. Hiermit entstand in Europa ein neuer souveräner Staat. Die Ukraine hat eine vorteilhafte geopolitische und geostrategische Lage in Mittel- und Osteuropa. Der Fläche nach (603.700 qkm) ist die Ukraine das zweitgrößte Land Europas (das größte ist Russland) und der Bevölkerung nach (fast 52 Mio.) das fünfgrößte Land Europas. In der Ukraine kreuzen sich die Wege von Europa nach Asien und von Nordeuropa nach Süden. In diesem Kontext ist es nennenswert, dass der geographische Mittelpunkt Europas sich auf dem Territorium der Ukraine, in Transkarpatien befindet. Die Gesamtlänge der Landesgrenzen der Ukraine beträgt 4558 km. Die Ukraine grenzt an folgende Staaten: Russland (Landesgrenze – 1576 km); Moldavien (939 km); Weißrussland (891 km); Rumänien (West – 362 km, (Süd – 169 km); Polen (428 km); Ungarn (103 km); Slowakei (90 km). All diese geopolitischen Faktoren weisen darauf hin, dass die unabhängige Ukraine eine wichtige Stabilitätsrolle in Europa spielen kann und ihren Beitrag zur Verstärkung des europäischen Sicherheitssystems leistet. Diese vorteilhaften geopolitischen und geostrategischen Faktoren üben einen großen Einfluss auf die außenpolitischen Ausrichtungen und die Entwicklungstendenzen der ukrainischen Außen- und Sicherheitspolitik aus. Das Ziel dieses Beitrages besteht darin, sowohl auf die außenpolitische Geschichte der Ukraine zurückzublicken, als auch die Probleme und Prioritäten der ukrainischen Außenpolitik darzustellen.

Der Weg in die Unabhängigkeit

Ukrainische Staatlichkeit und Außenpolitik im historischen Rückblick

Die heutige Ukraine kann auf eine lange Tradition der Staatlichkeit zurückblicken, die in drei Zeitabschnitte eingeteilt werden kann:

1. Der erste Zeitabschnitt betrifft die Kiever Rus', die mittelalterliche slawische Supermacht mit Kiev als Zentrum.
2. Der zweite Zeitabschnitt bezieht sich auf das Kosakentum (XVI.–XVII. Jh.).
3. Der dritte Zeitabschnitt betrifft die Existenz der unabhängigen Ukraine in den Jahren 1917–1920. Damals wurde die Unabhängigkeit der Ukraine im Rahmen des Friedensvertrags von Brest-Litovsk vom 3. März 1918 durch Deutschland, Österreich-Ungarn und Sowjetrussland anerkannt.

Außerdem hatte – noch in der Sowjetzeit – die Ukrainische Sowjetische Sozialistische Republik (USSR) ihr eigenes

Außenministerium, das im Jahre 1944 gegründet wurde. 1945 wurde die Ukraine einer der Mitgründerstaaten der Vereinten Nationen (UNO) und deren Mitglied. Die USSR hatte eine eigene diplomatische Vertretung bei der UNO. Jedoch war das Außenministerium der USSR in Kiev völlig dem Moskauer Außenministerium untergeordnet.

Nach der Verabschiedung der ukrainischen Unabhängigkeitserklärung durch den Obersten Sowjet der USSR am 16. Juli 1990 wurde die Rolle des Außenministeriums der USSR wesentlich gestärkt. Das ukrainische Außenamt begann direkte Kontakte zum Ausland aufzunehmen.

Das Natur- und Wirtschaftspotenzial der Ukraine

Die Ukraine hat ein sehr vorteilhaftes Klima, das die Agrarwirtschaft begünstigt. Sie gehört zu den sechs Ländern der Welt mit der größten bewirtschafteten Ackerfläche (34 Mio. Hektar) und nimmt einen der vorderen Plätze bei den Schwarzerdeböden ein. In der Ukraine befinden sich 25% der gesamten Schwarzerdeböden der Welt. Auf dem Territorium des Landes existieren über 7000 erkundete Vorkommen von insgesamt 94 Arten diverser Bodenschätze. Reich an Erdöl sind die Festlandsockel im Asowschen und im Schwarzen Meer (geschätztes Volumen: vier bis fünf Mrd. m³). Außerdem befinden sich in der Ukraine 20% des Weltvorkommens der Manganerze, 5% der Eisenerze. Alle diese Faktoren weisen darauf hin, dass die Ukraine ursprünglich ein großes Potenzial hatte, um sich als unabhängiger Staat entwickeln zu können. Außerdem hatte die Ukraine ein riesiges Industrierpotenzial. Circa 40 % der Industrie der ehemaligen Sowjetunion befanden sich in der Ukraine. Daher kann man behaupten, dass die Ausgangslage der ukrainischen Unabhängigkeit vorteilhaft war.

Bildung der ukrainischen Streitkräfte

Eines der stärksten Potenziale hatte die Ukraine im Bereich der Sicherheit und Verteidigung. Mit ihrer Unabhängigkeitserklärung hat die Ukraine eine der größten und mächtigsten Armeen der Welt geerbt. Diese Streitkräfte waren mit Atomwaffen und moderner Militärtechnik ausgerüstet. Die Ukraine besaß das drittgrößte Nuklearpotenzial der Welt (nach den USA und Russland). Damals waren auf dem Territorium der Ukraine folgende Militäreinheiten stationiert: Eine Raketenarmee, drei Heeres- und zwei Panzerarmeen, ein Armeekorps, vier Luftarmeen, eine Sonderluftschutzarmee und die Schwarzmeerflotte. Insgesamt befanden sich auf dem Gebiet der Ukraine 780.000 Mann des Personalbestandes, 6500 Panzer, mehr als 7000 gepanzerte Fahrzeuge, bis zu 1500 Kampfflugzeuge, mehr als 350 Kriegs- und Versorgungsschiffe, 1272 strategische nuklea-

re Sprengköpfe der interkontinentalen ballistischen Raketen und mehr als 2500 Einheiten der taktischen Nuklearwaffen.

Am 24. August 1991 traf die Verchovna Rada die wichtige Entscheidung, alle auf dem Territorium der Ukraine stationierten Truppeneinheiten der Streitkräfte der Sowjetunion unter eigene Jurisdiktion zu stellen. Gleichzeitig beschloss die Verchovna Rada, das Verteidigungsministerium der Ukraine zu schaffen. In diesem Moment ging die Ukraine unter den ehemaligen sowjetischen Republiken beim Ausbau eigener Streitkräfte in Führung. Von nun an begann die Regierung der Ukraine, die Streitkräfte und andere Truppeneinheiten des unabhängigen ukrainischen Staates zu bilden.

Trotz des großen politischen und wirtschaftlichen Potenzials, war der Weg der Ukraine in die Unabhängigkeit außenpolitisch schwierig. Von Anfang an musste der junge Staat auf allen Ebenen viele Probleme und Herausforderungen bewältigen. Die Probleme bestanden vor allem darin, dass die internationale Staatengemeinschaft psychologisch nicht bereit war, die Unabhängigkeit sowohl der Ukraine, als auch der anderen Republiken der Sowjetunion und die Auflösung der Sowjetunion zu akzeptieren. Einer der Hauptgründe für solche Stimmungen im Westen war das Schicksal der sowjetischen Atomwaffen. Wenige Jahre später zeigte sich die Ukraine als Musterstaat und verzichtete als erster Staat in der Weltgeschichte freiwillig auf den Besitz von Kernwaffen. Sämtliche Atomwaffen wurden nach Russland transportiert.

Wie wichtig der vollständige Abzug aller Kernwaffen aus der Ukraine war und welcher großer Beitrag dadurch zur Verringerung der nuklearen Bedrohung sowie zum Aufbau eines gemeinsamen Sicherheitsraumes in Europa geleistet wurde, kam 1996 in der Erklärung des Lissaboner Gipfeltreffens der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) mit gebührender Deutlichkeit zum Ausdruck.

Die Bestätigung der Unabhängigkeit

Das gesamtukrainische Referendum und die internationale Anerkennung

Der Zeitraum vom August bis zum Dezember 1991 war nicht leicht für die Ukraine, da sie der internationalen Gemeinschaft und der offiziell noch existierenden Sowjetunion beweisen musste, dass das ukrainische Volk ebenfalls unabhängig von der Sowjetunion sein wollte.

Einer der möglichen Wege bestand darin, ein gesamtukrainisches Referendum durchzuführen, um alle Probleme und Fragen über die Legitimität der Unabhängigkeit der Ukraine zu lösen. Mit anderen Worten: Man brauchte die rechtliche Bestätigung der Unabhängigkeit der Ukraine. Deswegen war das gesamtukrainische Referendum über die Unabhängigkeit außerordentlich wichtig. Es fand am 1. Dezember 1991 statt. Parallel dazu wurden auch die

ersten Präsidentschaftswahlen durchgeführt. Die Ergebnisse des gesamtukrainischen Referendums zeigten, dass sich mehr als 90% der Wähler, einschließlich der russischen Bevölkerung und der in der Ukraine lebenden Nationalitäten, für die Unabhängigkeit der Ukraine aussprachen. Ein höchst bemerkenswertes Merkmal des ukrainischen Weges zur Unabhängigkeit bestand darin, dass sich die Erlangung der Eigenstaatlichkeit vollkommen friedlich vollzog. Mit Recht verweisen ukrainische Politiker darauf, dass kein einziger Schuss fiel, dass es keinen einzigen Zusammenstoß aus ethnischen Gründen, kein einziges Opfer von Nationalitätenkonflikten in der Republik gab. Mit dem eindeutigen Volksentscheid machte die Ukraine deutlich, dass sie ihre Rolle als unabhängiger, souveräner Staat voll übernehmen wollte. Es war ebenfalls die Ukraine, die auf die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) als losen Staatenbund ohne suprastaatliche, supranationale Institutionen bestanden hatte. Die Ukraine war zu einer weiteren Kooperation mit den ehemaligen Sowjetrepubliken nur unter der Bedingung bereit, dass die Mitgliedstaaten alle Attribute unabhängiger Staaten beibehalten würden.¹

Die ersten Staaten, die die Unabhängigkeit der Ukraine anerkannten, waren Polen und Kanada (am 2. Dezember 1991). Polen war traditionell misstrauisch gegenüber der Sowjetunion. Deswegen war die Unabhängigkeit der Ukraine für Polen ein wichtiger Sicherheitsfaktor. Außerdem lebt in Polen eine große ukrainische Minderheit. Deswegen hatte Polen auch ein innenpolitisches Interesse, die Unabhängigkeit der Ukraine zu unterstützen sowie engere partnerschaftliche Beziehungen zur Ukraine zu pflegen und weiter zu entwickeln. Für die Ukraine war und bleibt Polen einer der wichtigsten Verbündeten. Polen strebt von sich aus eine Vertiefung der strategischen Partnerschaft mit der Ukraine an. Dies betrifft auch Kanada, wo fast zwei Mio. Kanadier ukrainischer Abstammung leben, die eine bedeutende Rolle in der Innen- und Außenpolitik Kanadas sowie in der kanadischen Gesellschaft spielen. Der Faktor der ukrainischen Diaspora im westlichen Ausland war sehr wichtig für die Förderung des Unabhängigkeitsprozesses in der Ukraine. In diesem Kontext ist es nennenswert, dass es im westlichen Ausland eine große ukrainische Diaspora von ungefähr fünf Millionen Menschen gibt.² Außer in Polen und Kanada existiert eine ukrainische Diaspora in folgenden westlichen Staaten: in den USA (ca. 1,5 Mio. Amerikaner ukrainischer Abstammung), in Brasilien (zwischen 300 000–500 000), Argentinien (250 000), Australien (ca. 30 000), ferner in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Rumänien, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei. Deshalb ist der Diaspora-Faktor bei der Erlangung der ukrainischen Unabhängigkeit nicht zu unterschätzen. Dazu muss man auch hinzufügen, dass es die ukrainische Diaspora war, die der Ukraine finanziell half, Gebäude für die Botschaften in solchen Ländern wie Kanada, den USA, Australien, Frankreich usw. zu erwerben. Im östlichen Ausland (Russland und ehemalige Sowjetrepubliken) lebten mehr als 11 Mio. Ukrainer.

Zum ersten Präsidenten der Ukraine wurde am 1.12.1991 Leonid Kravèuk gewählt. Kravèuk, der in der Sowjetzeit zu den ukrainischen Nationalkommunisten gehörte, hat die ukrainische Unabhängigkeit mit Boris El'cin und Michail Gorbaèev geschickt ausgehandelt. Leonid Kravèuk hat viel dazu beigetragen, die Staatlichkeit der Ukraine in den ersten Jahren der Unabhängigkeit zu stärken.

Am 8.12.1991 haben Russland, die Ukraine und Weißrussland mit Unterzeichnung des Minsker Abkommens die Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) gegründet. Nach dem Minsker Abkommen wurde die Ukraine von weiteren Staaten anerkannt. Jedoch wurde die volle völkerrechtliche Anerkennung durch die internationale Staatengemeinschaft sowohl der Ukraine als auch der anderen GUS-Staaten erst nach Rücktritt des Präsidenten der Sowjetunion Michail Gorbaèev (25.12.1991) erreicht. Sein Rücktritt symbolisierte das Ende der Sowjetunion.

Die ukrainische Außen- und Sicherheitspolitik: Probleme und Entwicklungstendenzen

Seit der Erlangung der Unabhängigkeit bestand das Hauptziel der ukrainischen Außen- und Sicherheitspolitik darin, die Integration der Ukraine in die europäischen und euroatlantischen Strukturen voranzutreiben. Unter Präsident Leonid Kravèuk (1991–1994) bemühte sich die Ukraine, ihren Platz in Europa zu finden. Die Ukraine nahm diplomatische Beziehungen zu verschiedenen Ländern auf und eröffnete dort ihre Botschaften. Leonid Kuèma, der im Juli 1994 zum Präsidenten der Ukraine gewählt wurde, setzte die pro-westliche Außenpolitik der Ukraine fort.

Das Jahr 1997 war außenpolitisch von großer Bedeutung für die Ukraine. Die Ukraine hat seit 1997 mehrere Verträge abgeschlossen, die als außenpolitische Erfolge zu werten sind: Neben dem ukrainisch-russischen Grundlagenvertrag vom 31.5.1997 ist der Vertrag mit Rumänien hervorzuheben. Am 9.6.1997 wurde die gemeinsame NATO-Ukraine-Charta unterzeichnet, die der Ukraine ein besonderes Verhältnis zur NATO einräumt. Gewachsenes Vertrauen und partnerschaftliche Zusammenarbeit wurden durch den Besuch des ständigen NATO-Rats in Kiev vom 29. Februar bis 2. März 2000 unterstrichen. Es war die erste Sitzung der NATO-Ukraine-Kommission auf ukrainischem Boden. Seit Mai 1997 existiert in Kiev ein NATO-Informationsbüro. Außerdem finden auf dem Territorium der Ukraine regelmäßig NATO-Übungen statt.

Die Bemühungen um eine Heranführung an die Europäische Union und an die anderen europäischen und euroatlantischen Strukturen ist eins der wichtigsten Ziele der ukrainischen Außenpolitik. Grundlage der Beziehungen zur EU sind das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen vom 16. Juni 1994 (in Kraft seit März 1998). Mit der Verabschiedung der „Gemeinsamen Strategie EU – Ukraine“ durch den Europäischen Rat in Helsinki am 10. 12.1999 hat die EU die Bedeutung einer Fortentwicklung der Beziehungen bekräftigt. Die Europäische Union begrüßt die pro-europäische Orientierung der Ukraine.

Das Verhältnis zu Russland bleibt von zentraler Bedeutung für die Ukraine. Dieser nordöstliche Nachbar der Ukraine ist ein wichtiger politischer Partner mit großem Einflusspotenzial. Die Ukraine bleibt wirtschaftlich und im Energiebereich weiter auf Russland angewiesen. Der ukrainische Präsident Kuèma und der damalige russische Präsident Boris El'cin hatten in den vergangenen Jahren die Beziehungen konsequent fortentwickelt. Am 25.12.1998 wurde der russisch-ukrainische Freundschaftsvertrag endlich vom russischen Parlament ratifiziert, am 24.3.1999 folgte der Schwarzmeerflotten-Vertrag. Es bleiben aber viele ungelöste Probleme in den bilateralen Beziehungen. Ungelöst ist z.B. die Aufteilung sowjetischen Vermögens im Ausland sowie der Verlauf der Staatsgrenze im Asowschen Meer.

Die Ukraine versucht eine aktive Außenpolitik in der osteuropäischen Region und im Kaukasus zu betreiben, um die Zusammenarbeit in diesen Regionen zu stärken. Mit Georgien, Aserbaidschan, Moldau und Uzbekistan bildet sie die GUUAM-Staatengruppe, deren Ziel neben der weiteren Festigung der Sicherheit, der Unabhängigkeit der Partnerstaaten insbesondere eine Intensivierung der Handels- und Energiebeziehungen ist.

Die Ukraine ist seit dem 8. November 1995 Mitglied des Europarats. Mit der Abschaffung der Todesstrafe zu Jahresbeginn 2000 trug sie einer wesentlichen Forderung des Europarats Rechnung.

Wichtigster westlicher Partner der Ukraine sind die Vereinigten Staaten. Durch eine aktive Besuchsdiplomatie erkennen die USA die besondere geostrategische, politische und militärische Bedeutung einer unabhängigen Ukraine für die Sicherheit und Stabilität in Europa an. Umgekehrt betrachtet die Ukraine die Vereinigten Staaten in vielen Fragen als wichtigen Partner und Ratgeber.

Die ukrainische Diplomatie bemüht sich erfolgreich um die Verstärkung der partnerschaftlichen Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarstaaten Polen, Ungarn und Rumänien. Polen wird von der Ukraine als strategischer Partner und Ratgeber auf dem Weg der Heranführung an die westlichen Institutionen, insbesondere die EU betrachtet. Im Verhältnis zu Ungarn stehen der Ausbau der Wirtschaftskontakte und die Förderung der ungarischen Minderheit in der Ukraine (ca. 160 000) im Vordergrund. Das Kernproblem im Verhältnis zu Rumänien ist die ungelöste Festlegung der gemeinsamen Seegrenzen im Schwarzen Meer.

Seit die Ukraine Ende 1991 ihre Unabhängigkeit erlangte, hat sie nicht nur das Ziel ihrer Integration in europäische und transatlantische Institutionen verfolgt, sondern sich auch bemüht, einen produktiven Beitrag zur Sicherheit und Stabilität im euroatlantischen Raum zu leisten. Dies hat in der Ukraine selbst politische und wirtschaftliche Reformen und im Ausland die Beteiligung der Ukraine an friedenserhaltenden Operationen und humanitären Einsätzen zur Folge gehabt.

Eine Voraussetzung für die Stabilität Europas besteht in der Stabilität der einzelnen europäischen Staaten. Die Rück-

kehr der Ukraine in die Gemeinschaft der europäischen Demokratien und ihr aktives Engagement für den Aufbau einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur waren nicht frei von Problemen. Am 28. Juni 1996 hat die Ukraine eine neue Verfassung angenommen, die mit den europäischen Normen eines demokratischen Rechtsstaates in vollem Umfang vereinbar ist und die Achtung der Bürgerrechte gewährleistet. Darüber hinaus hat die Ukraine durch ihre Gesetze zum Schutz der Rechte nationaler Minderheiten weltweit Achtung und Ansehen gewonnen.

Auch heute besteht jedoch das Hauptproblem der Ukraine in der Stabilisierung der Volkswirtschaft, die durch die Folgeschäden von Tschernobyl noch immer zusätzlichen Belastungen ausgesetzt ist. Trotzdem gehört die Ukraine unbestreitbar in die Kategorie derjenigen Volkswirtschaften, die sich in der Phase des Übergangs zu einem marktwirtschaftlichen System befinden. Und trotz der politischen und sozialen Unterschiede in der ukrainischen Gesellschaft konnte die Ukraine diese Reformen mit ausschließlich friedlichen, rechtsstaatlichen Mitteln durchführen, ohne dass es während dieser Übergangszeit zu Massenprotesten, gewaltsamen Zusammenstößen oder zur Anwendung von Gewalt gegenüber politischen Gegnern gekommen wäre.

Die Unterstützung seitens der internationalen Staatengemeinschaft ist sowohl im Hinblick auf die Bereitstellung von Ressourcen als auch in Bezug auf die Weitergabe von Fachwissen von entscheidender Bedeutung, wenn die Ukraine ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden will. Diese Hilfe sollte jedoch nicht als Geste der Wohltätigkeit betrachtet werden, sondern eher als Beitrag zur Erreichung der gemeinsamen Ziele. Es liegt nämlich im Interesse der gesamten euro-atlantischen Staatengemeinschaft, dass man die Ukraine als europäischen Staat mit 50 Millionen Einwohnern angesichts akuter wirtschaftlicher Probleme, angesichts der Erblast sozialer Schwierigkeiten und angesichts der Folgen einer Umweltkatastrophe von globalen Ausmaßen nicht einfach „im Regen stehen“ lässt.

Seit Erlangung der Unabhängigkeit bestand eines der wichtigsten Ziele der ukrainischen Außenpolitik darin, gute nachbarschaftliche Beziehungen zu den Nachbarstaaten der Ukraine herzustellen und diese vertraglich abzusichern. Dass die Ukraine und Ungarn 1991 ihre nationalen Minderheitenprobleme lösen konnten, ist ein bemerkenswertes Beispiel für diese Zielsetzung der ukrainischen Außenpolitik sowie für unser Bekenntnis zu den Menschenrechten und den Rechten nationaler Minderheiten. In letzter Zeit hat die Ukraine im Hinblick auf die Konsolidierung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu Staaten unserer Region einige Durchbrüche erzielt. Die Ukraine schloss mit Russland und Rumänien politische Grundlagenvverträge ab, traf mit Russland einige Vereinbarungen über die Schwarzmeerflotte, schloss mit Weißrussland einen Vertrag zur Regelung von Grenzfragen ab und unterzeichnete mit Polen eine Aussöhnungs- und Einigkeitserklärung.

Obwohl die Ukraine in den ersten zehn Jahren ihrer Unabhängigkeit selbst mit zahlreichen Problemen konfrontiert

war, hat sie sich an den Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft um die Beilegung regionaler Konflikte in Europa aktiv beteiligt. Insbesondere unterstützt die Ukraine die internationale Staatengemeinschaft beim Peacekeeping in Bosnien und Herzegowina, Kosovo usw. Ukrainische Friedenstruppen sind im Rahmen der SFOR- und KFOR-Missionen Seite an Seite mit Streitkräften der NATO und ihrer Partnerstaaten im Einsatz und sie werden diesen Friedensdienst auch auf Grundlage des seit Juni 1998 geltenden neuen Mandates fortsetzen. Zudem war die Ukraine einer der ersten Staaten, der auf die OSZE-Initiative für Berg-Karabach reagierte, indem sie einen Teil der Beobachter für die dortige langfristige Mission zur Verfügung stellte.

Besondere Aufmerksamkeit widmet die Ukraine auch der Lösung des Konfliktes im an die Ukraine angrenzenden Gebiet der Republik Moldau, in dem Bürger ukrainischer Abstammung die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe bilden. Es ist ein Beweis für das Vertrauen, das die internationale Völkergemeinschaft dem aktiven Beitrag der Ukraine zu den Friedensmissionen in Europa entgegenbringt, dass die Ukraine gemeinsam mit der Russischen Föderation und der OSZE die Vereinbarungen zur Lösung des dortigen Konfliktes garantieren soll. Durch den Erfolg der Ukraine bei der Beilegung der Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Autonomen Krimrepublik kann man auch Erfahrungen mit innerregionalen Problemen in die verschiedenen Verhandlungen einbringen.

Darüber hinaus ist die Ukraine aufgrund ihrer Teilnahme am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR) und am NATO-Programm der Partnerschaft für den Frieden (PfP) davon überzeugt, dass bei Konflikten die Erfahrungen und Fähigkeiten der NATO im Bereich friedenserhaltender Maßnahmen im gesamten EAPR-Gebiet aktiver genutzt werden sollten. In diesem Zusammenhang begrüßt die Ukraine die Entwicklung eines politisch-militärischen Rahmenkonzeptes für PfP-Operationen unter der Leitung der NATO.

Die Teilnahme an Mechanismen der regionalen Zusammenarbeit ist ein wichtiger Aspekt der ukrainischen Außenpolitik, der auch durch ukrainische Initiativen in einigen regionalen Strukturen zum Ausdruck kommt. Dazu zählen beispielsweise die Mitteleuropäische Initiative (Central European Initiative – CEI), die Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres, die Euroregion Karpaten und die Euroregion Bug. Aus meiner Sicht – als ukrainischer junger Wissenschaftler, Politologe und Journalist – stellen diese Strukturen mit Blick auf die Stärkung der regionalen Stabilität ein beachtliches Potenzial bereit, und die Ukraine hat vorgeschlagen, dass sich die OSZE und die Staaten der Mitteleuropäischen Initiative zusammenschließen, um die Stabilität und Sicherheit Mittel- und Osteuropas zu festigen. Gute Aussichten gibt es auch für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Staatentrios Ukraine-Polen-Rumänien und Ukraine-Rumänien- Republik Moldau. Außerdem existie-

ren viele Möglichkeiten für den weiteren Ausbau unserer strategischen Partnerschaft mit Polen. Überdies hat die Ukraine deutlich ihr Interesse an der Arbeit des Rates der Ostseestaaten zum Ausdruck gebracht, um mit dieser Staatengruppe zusammenzuarbeiten.

Die außenpolitische Ausrichtung der Ukraine in Richtung auf eine uneingeschränkte Integration in europäische und transatlantische Strukturen der Zusammenarbeit steht für die ukrainischen Bemühungen, zu einem geeinten und stabilen Europa beizutragen. Die Ukraine unterstützt uneingeschränkt den Geist der Solidarität und der gemeinsamen Werte, durch den sich der Europarat, die OSZE und die Europäische Union auszeichnen. Die Ukraine ist bereits Mitglied des Europarates und der OSZE und sie arbeitet entschlossen darauf hin, auch der EU beizutreten. Anfang 1998 ist das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Ukraine und der EU in Kraft getreten. Jetzt können die politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und kulturellen Kontakte zur Europäischen Union weiter ausgebaut werden.

Im November 1999 wurde Leonid Kučma als Präsident der Ukraine wieder gewählt. Er proklamierte die Inangriffnahme der inneren Reformen in politischen und wirtschaftlichen Bereich. Die Regierung Viktor Jušenko wurde gebildet. Diese Regierung hat die Voraussetzungen für die Wirtschaftsreformen wesentlich verbessert.

Im Kontext der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der Europäischen Union bleibt zu erwähnen, dass der ukrainische Außenminister Anatolij Slenko im Januar 2001 in Berlin in seinem Vortrag zum Thema „Ost oder West – Wo liegt die Zukunft der Ukraine?“³ die Prioritäten der ukrainischen Außenpolitik so formuliert hat: Erstens Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Zweitens Zusammenarbeit mit Russland. Drittens Partnerschaft mit den USA und viertens Zusammenarbeit mit Deutschland. Außerdem sollte die Ukraine die Beziehungen zu Paris und London wesentlich vertiefen. Deutschland ist für die Ukraine einer der wichtigsten politischen Partner auf ihrem Integrationsweg nach Europa und einer der bedeutendsten europäischen Wirtschaftspartner. In Bezug auf das Volumen des bilateralen Handels mit der Ukraine liegt Deutschland vor allen anderen Ländern West- und Mitteleuropas. Der bilaterale Handel zwischen der Ukraine und Deutschland 1999 stellt sich wie folgt dar: ukrainische Exporte – 504,0 Mio. US-Dollar, Importe aus Deutschland – 793,7 Mio. Handelsüberschuss – 288,8 Mio. zugunsten der Bundesrepublik. 607 Unternehmen mit deutschen Investitionen wurden in der Ukraine registriert, der Gesamtumfang der deutschen Investitionen beträgt 164,1 Mio. US-Dollar. Jedoch, sind diese Ziffern leider nicht überzeugend, da für Staaten wie die Ukraine und Deutschland Probleme bestehen, vor allem, im für die ausländischen bzw. deutschen Investoren noch nicht günstigen Wirtschafts- und Investitionsklima in der Ukraine. Aber die Regierung Viktor Jušenko und die Regierung seines Amtsnachfolgers Anatolij Kinakh haben die Wirtschaftslage in der Ukraine

wesentlich verbessert. Außerdem ist die Bundesrepublik Deutschland nach den USA der größte Geber bilateraler Hilfe und nach Russland der wichtigste Handelspartner der Ukraine.

Die offiziellen Besuche von Papst Johannes Paul II. in der Ukraine im Juni 2001 und des NATO-Generalsekretärs Lord George Robertson in Kiev im Juli 2001 zeigten deutlich, dass sich trotz schwieriger Probleme und innenpolitischer Krisen, die die Ukraine in den Jahren 2000–2001 erlebte, die wirtschaftlichen und politischen Reformen im Lande weiterentwickeln werden.⁴

MA Mykola Movchan ist ukrainischer Journalist und Politologe; Doktorand am Institut für Journalistik der Taras-Ševčenko-Universität Kiev.

Literatur

- Interview mit Leonid Kravčuk, „Den“, 03.02.1999, S. 4–5.
 „Nacionnal'naja Bezpeka – Ščyt der•avy“, „Urjadovyj Kurjer“, 22.08.1996, S. 3–4.
 Interview mit Anatolij Slenko, „Zerkalo nedeli“, 20.01.2001, S. 1 und 5.
 Olga Alexandrova, „Perzeptionen der auswärtigen Sicherheit der Ukraine“, Bericht des BIOst, Nr. 40/1993.
 Rußland in Europa?, Alexander Ott, „Die Ukraine: Partner oder Vasall Rußlands?“, S. 215–228.
 Sherman W. Garnett, „The Sources and Conduct of Ukrainian Nuclear Policy“, in: „The Nuclear Challenge in Russia and the New States of Eurasia“, Hrsg: George Quester, Band 6, Armonk, New-York, London 1995.

¹ Olga Alexandrova, Berichte des BIOst, „Von einer Sowjetrepublik zu einem europäischen Staat: Anfänge der Außenpolitik der Ukraine“, 14/1992, S. 4–5.
² Ein Interview mit dem Außenminister der Ukraine Anatolij Slenko, Osteuropa, 11/1991, S. A 648.
³ Magazin „Five continents“, Februar 2001, Kiev, S. 7–9.
⁴ „NB! Signaly Gotovnosti“, „Den“, 06.07.2001, S. 4.

RICARDA VULPIUS: *Ukrainische Nation und zwei Konfessionen. Der Klerus und die ukrainische Frage 1861–1921*, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 49 (2001), H. 2, S. 240–56

RICARDA VULPIUS: *Nationsbildung der Ukraine im Spiegel der Kämpfe um die Nationalisierung von Religion (1861–1921)*, in: Berliner Osteuropa Info 16 (2001), S. 52–54.